

Stellungnahme Perspektive Brandenburger Jugendlicher zum Handyverbot im Rahmen des Safer Internet Days 2026

KI and me – für einen verantwortungsvollen und pädagogisch begleiteten Umgang mit KI und Smartphones

Das Thema des diesjährigen Safer Internet Days ist prägend für das heutige Aufwachsen junger Menschen. Generative KI-Tools waren für sie schon immer da. Parallel dazu wird gesellschaftlich über Handyverbote für Kinder und Jugendliche diskutiert – in Schulen, Jugendarbeit, Familien und im öffentlichen Raum. Wir verbinden beide Debatten bewusst: Ohne Smartphone gibt es (oft) keinen Umgang mit KI, und ohne Orte des Austauschs keine Möglichkeit für Begleitung, Vermittlung und Erziehung.

Wir haben junge Menschen gefragt, was sie dazu denken.

Die Debatte um Handyverbote wird häufig aus erwachsener Perspektive geführt. Die hier formulierten Positionen basieren hingegen auf Aussagen von rund 35 Brandenburger Kindern und Jugendlichen, die ihre Sichtweisen in Gesprächen und auf Plakaten in Einrichtungen und Schulen zwischen Bad Freienwalde, Potsdam und Lauchhammer eingebracht haben.

Aus ihrer Perspektive greifen pauschale Handyverbote zu kurz. Smartphones sind für sie zugleich Risiko- und Schutzraum, Ablenkung und Lernwerkzeug sowie Voraussetzung sozialer Teilhabe. Ein undifferenziertes Verbot wird dieser Realität nicht gerecht.

Jugendliche erkennen an, dass eine eingeschränkte Nutzung – insbesondere bei jüngeren Kindern – sinnvoll sein kann. Weniger Bildschirmzeit kann Gesundheit, Konzentration und soziale Begegnungen fördern und vor Druck, Mobbing und ungeeigneten Inhalten schützen. Diese Argumente sprechen jedoch für entwicklungsangemessene, differenzierte Regelungen und Alternativen, nicht für generelle Verbote.

Die Nachteile pauschaler Verbote wiegen aus Sicht vieler Jugendlicher schwer. Smartphones sind zentral für Kommunikation, Erreichbarkeit und soziale Sicherheit und zugleich ein selbstverständliches Lernmittel, etwa für Recherche, Organisation und den reflektierten Einsatz

von KI. Verbote behindern diese Nutzung und treffen besonders jene, die verantwortungsvoll mit digitalen Medien umgehen.

Zudem bezweifeln Jugendliche die Wirksamkeit von Verbots. Diese fördern Umgehungsstrategien und bleiben ohne pädagogische Einbettung wirkungslos. Nutzen sie die Angebote trotz des Verbotes, steigt die Hemmschwelle sich bei der Begegnung eines Risikos Rat und Unterstützung zu holen.

Jugendliche sprechen sich daher für einen differenzierten, entwicklungsangemessenen und begründeten Umgang mit Smartphones aus. Gefordert werden klare Regeln, transparente Begründungen, Alternativen zur Nutzung und kompetente Begleitung. Nachhaltige Lösungen entstehen aus ihrer Sicht durch Beteiligung, Aufklärung und Vertrauen statt durch Kontrolle.

Daraus lassen sich folgende Forderungen für einen besseren Kinder- und Jugendschutz formulieren:

1. Differenzierte Regelungen statt pauschaler Verbote

Statt den Schwerpunkt auf Verbotsdiskussionen zu legen, erscheint es sinnvoller, das Engagement im Bereich Pädagogik und Erziehung zu Gefährdungen im digitalen Umfeld auszubauen.

Die auszubauenden Angebote sollen entwicklungsangemessene Regelungen zur Nutzung von Smartphones und digitalen Medien ebenso berücksichtigen, wie kinder- und jugendschutzfachliche Perspektiven, medienpädagogische Expertise und die Sichtweisen junger Menschen. Der Zugang zu den Angeboten sollte niedrigschwellig gestaltet und für Fachkräfte, Eltern sowie politische Entscheidungsträger:innen gleichermaßen nutzbar sein. Einrichtungen sollen dabei unterstützt werden, gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen vor Ort Regeln zu entwickeln, die auch private Geräte einbeziehen.

2. Medienpädagogische Begleitung frühzeitig und kontinuierlich verankern

Medienpädagogische und -erzieherische Angebote sowie der kompetente Umgang mit digitalen Räumen müssen frühzeitig beginnen und kontinuierlich in Kindertageseinrichtungen, Hilfen zur Erziehung, offenen Jugendeinrichtungen sowie Schulen verankert werden. Ziel ist es, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen systematisch zu stärken und sie für Risiken digitaler Räume zu sensibilisieren.

Auf Landesebene sollten hierfür praxistaugliche, schnell erschließbare Materialien entwickelt und angeboten werden, die sich am Bildungsplan Kita sowie an einer zeitgemäßen Interpretation des Curriculum Medienbildung orientieren und von pädagogischem Personal und Lehrkräften eingesetzt werden können, bspw. bei kurzfristigen Vertretungsbedarfen. Eltern als Zielgruppe sollten grundlegend eine stärkere Rolle spielen, die auch und vor allem in den Hilfen zur Erziehung wohlwollende Begleitung zur Verbesserung der Mediennutzung in der Familie erhalten.

3. Eltern und Erziehungsberechtigte gezielt stärken

Unterstützungsangebote zur Verbesserung der Medienerziehung von Eltern und Erziehungsberechtigte sind stetig vorzuhalten. Zentrale Voraussetzung hierfür ist eine verlässliche, bedarfsgerechte und langfristige Finanzierung von Elternmedienprojekten, um Familien in ihrer Erziehungsverantwortung im digitalen Raum zu stärken.

Besonderes Augenmerk sollte dabei auf Eltern gelegt werden, die aufgrund von Erwerbsarbeit, Sprachbarrieren oder anderen strukturellen Faktoren schwerer Zugang zu klassischen Eltern- oder Elternmedienveranstaltungen finden. Die Vorbildfunktion von Eltern im Umgang mit digitalen Medien sollte dabei wertschätzend und ressourcenorientiert thematisiert werden.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich Anforderungen und Herausforderungen im digitalen Raum im Verlauf des Aufwachsens der Kinder verändern. Entsprechend sollten Eltern regelmäßig durch differenzierte Angebote begleitet werden.

4. Diensteanbieter stärker in die Verantwortung nehmen

Kinder und Jugendliche dürfen nicht die Leidtragenden struktureller Defizite großer digitaler Diensteanbieter sein. Digitale Plattformen müssen durch europäische Rechtsdurchsetzung insbesondere beim Schutz vor jugendgefährdenden Inhalten, Gewalt und Hass im Netz, aber auch Kommunikations- und Kontaktrisiken stärker in die Pflicht genommen werden.

Auf Landesebene sind junge Menschen in ihrer digitalen Nutzung mitzudenken, zum Beispiel durch:

- eine Ergänzung der Digitalstrategie des Landes Brandenburg mit dem Fokus auf Kinder und Jugendliche
- mehr Transparenz sowie eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit bestehender Unterstützungsstrukturen (z.B. Jugendschutz, EFB, Polizei etc.) unter Einbeziehung der Anliegen und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen,
- die Bereitstellung und Bekanntmachung von niedrigschwengigen Instrumenten für Kinder und Jugendliche, um Beschwerden oder Meldungen abzusetzen
- die Einrichtung einer zentralen landesweiten Anlaufstelle für junge Menschen zur Unterstützung beim Umgang mit digitalen Gefährdungen

5. Attraktive analoge Alternativen für junge Menschen ausbauen

Der Ausbau analoger Freizeit- und Begegnungsangebote für Kinder und Jugendliche ist ein zentraler Beitrag zur Stärkung sozialer Teilhabe und zur Prävention. Seit der Covid-19-Pandemie haben sich soziale Räume junger Menschen zunehmend in den digitalen Raum verlagert. Orientierung, Beziehungsgestaltung und Problembewältigung finden dort häufig ohne pädagogische Begleitung statt, nicht selten in algorithmisch geprägten Echokammern. Unterhaltungen mit generativer KI sind jederzeit verfügbar, weder konfrontativ noch

widersprechend - eine Form der Kommunikation, die voranschreitet und kritisch begleitet werden sollte.

Was vielen jungen Menschen nach eigener Aussage fehlt, sind analoge Alternativen zum digitalen Raum – wie soziale Begegnungsräume und niedrigschwellige Angebote, die Beziehung, Orientierung und Beteiligung ermöglichen. Dafür braucht es auch verlässliche analoge Bezugspersonen, die dies ermöglichen.

Eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Ausstattung von erreichbaren außerschulischen Angeboten, wie Jugendclubs, Jugendgruppen und Sportvereinen, insbesondere in ländlichen Regionen des Landes Brandenburg ist daher zentral.

